

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Linksfraktion

Kein Platz für Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung in öffentlichen Sportanlagen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, gemeinsam mit den Bezirken und den Organisationen des Sports zu gewährleisten, dass Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung in öffentlichen Sportanlagen nicht geduldet und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verhindert werden.

In diesem Sinne soll der Senat die in den Sportanlagen-Nutzungsvorschriften (SPAN) enthaltene Haus- und Nutzungsordnung für die öffentlichen Sportanlagen Berlins dahingehend ergänzen, dass Nutzer/innen und Besucher/innen der Anlagen, Räume und Einrichtungen die Äußerung und Darstellung von rechtsextremistischem, antisemitischem oder anderweitig diskriminierendem Gedankengut verboten ist. Darunter fällt u.a. die Beleidigung von Personen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe, ihrer religiösen Überzeugung oder ihrer sexuellen Orientierung, das Tragen oder Mitführen entsprechender Symbole und Kleidungsstücke, deren Herstellung, Vertrieb oder Zielgruppe nach allgemein anerkannter Ansicht im rechtsextremen Feld anzusiedeln sind, das Mitführen entsprechender Materialien und deren Verbreitung. Es sollen Sanktionsmöglichkeiten bei Zuwiderhandlungen enthalten sein.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2008 zu berichten.

Begründung:

Meldungen über rechtsextreme, antisemitische, rassistische und diskriminierende Gewalt in Sportstadien nehmen zu. Das betrifft nicht nur die großen Arenen, in denen sich Zehntausende versammeln, sondern vor allem auch die kleineren Sportstätten. Die Zivilgesellschaft ist gefordert, ein solches Verhalten weder bei den Sporttreibenden noch bei den Zuschauer/innen zu dulden. Gerade der Sport ist geeignet, Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichen Alters und Geschlechts friedlich zusammenzuführen sowie Toleranz und Fairness zu befördern. Diese wichtigen Kompetenzen dürfen nicht beschädigt werden. Das Land Berlin und die Bezirke sind Träger der öffentlichen Sportstätten, die den Sporttreibenden unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Es ist eine gemeinsame Aufgabe aller demokratischen und friedliebenden Bürger/innen, mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln zu verhindern, dass Rechtsextre-

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

mismus, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung einen Platz auf unseren Sportanlagen erhalten.

Berlin, den 28. März 2008

Müller Pauzenberger
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Bluhm Dr. Hiller
und die übrigen Mitglieder der Linksfraktion